

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Gegen das Notgesetz der Regierung.

### Erklärung der Arbeitnehmergruppe des Reichswirtschaftsrats.

Zum Arbeitsnotgesetz haben die Arbeitnehmer des Arbeitsausschusses für das Arbeitsnotgesetz im vorläufigen Reichswirtschaftsrat am 9. März folgende Erklärung abgegeben:

Die Abteilung II hat von dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Arbeitsverordnungen Kenntnis genommen. Sie erklärt, daß dieser Entwurf hinter den berechtigten Erwartungen der Arbeitnehmer weit zurückbleibt. Sie erhebt Einspruch, daß sie durch die verspätete Vorlegung gehindert wurde, die Auffassungen der Arbeitnehmer gegenüber dem Regierungsentwurf zur Geltung zu bringen.

An dieser Erklärung gegen den Regierungsentwurf ist bemerkenswert, daß sie geschlossen abgegeben wurde von den Vertretern sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen, die im Reichswirtschaftsrat vertreten sind. Wenn dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat auch die Möglichkeit

einer direkten Einflußnahme auf die Gestaltung des Arbeitsnotgesetzes genommen ist, so ist die Stellungnahme der Arbeitnehmer im Reichswirtschaftsrat nicht bestoweniger von einer Bedeutung, der man sich auch im Regierungslager nicht verschließen können.

Die Erklärung zeigt auch, daß die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft, gleichgültig ob sie den freigewerkschaftlichen, den christlichen oder den kirchlichen Organisationen angehören, unter dem Druck der katastrophalen Arbeitslosigkeit zusammengeschlossen werden zu einer Einheitsfront. Dieser Druck wird stärker sein als die krampfhaften Bemühungen der Unternehmervertreter im Bürgerblock, die christlichen Gewerkschaften bei der Stange zu halten. Der sozialen, politischen und moralischen Unmöglichkeit, bei 2 1/2 Millionen Arbeitslosen der Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit als den Achtstundentag aufzuzwingen, dieser Unmöglichkeit wird niemand auf die Dauer sich widerlegen können.

## Arabische Probleme.

### Der Streit um die britische Vorherrschaft.

Von Dr. H. Abeghian.

Die in der Nachkriegszeit international-rechtlich aber auch wirklich unabhängigen arabischen Länder waren Jemen oder das „glückliche Arabien“ im Südwesten der arabischen Halbinsel, das zentralarabische Sultanat Hedschas des Wahabitenführers Ibn Saud und schließlich das nordafrikanische Herrschaftsgebiet des Scheichs der Senussi-Sekte im Hinterland von Benghasi, östlich von Barka, zwischen Ägypten und Libyen. Nun sind diese patriarchalisch-theokratischen Fürstentümer als Horte arabischer Selbständigkeit und Isoliertheit in die Wasserstrudel internationaler Diplomatie hineingezogen worden. In diesem Zusammenhang haben die arabischen Probleme allgemeines Interesse.

Geographisch-ethnisch und historisch-kulturell betrachtet, deckt sich der Begriff des nahen Orients — ausgenommen das türkische Anatolien, mit demjenigen des arabischen Orients. Eine durchaus arabische Welt ist in der Tat das weit ausgedehnte Landgebiet, das sich von der atlantischen Küste Marokkos über Nordafrika und Ägypten hin bis zum Persischen Golfe und Indischen Ozean erstreckt. Das vorderasiatische Arabertum allein genommen — also ohne Nordafrika und Ägypten — zählt nicht weniger als 20 Millionen Köpfe. Syrien, Palästina, Transjordanien, Irak, sowie Hedschas, Redschd, Jemen, Assir, Aden und die übrige arabische Halbinsel — das sind fast ausschließlich von Arabern bewohnte Gebiete. Die Araber waren jahrhundertlang in diesen Ländern die Träger einer Kultur, die auch die abendländische in hohem Maße beeinflusst hat. Der Islam ist ein Produkt arabischen Geistes. Mit dem Erscheinen der Türken treten zwar die Araber von der Schaubühne der Weltgeschichte zurück, aber an die jüngste Geschichte des Orients knüpft sich die Wiedergeburt des Arabervolkes. Es ist schon heute ein führender Faktor im nahen Orient. Die Peripherien des arabischen Ausbreitungsgebietes sind die Hauptzentren des arabischen Wiederaufstiegs: Ägypten und Syrien. Kairo spielt in dieser Hinsicht eine führende Rolle.

Das arabische Küstenland Hedschas, die historische Wiege der arabischen Rasse und Kultur, sowie des Islams, wurde zum Kerngebiet der politischen Selbständigkeit des Arabertums. England rief den vorher türkischen Hedschas 1916 zum unabhängigen Königreich mit Hussein, dem Großsheik von Mekka, an der Spitze aus. Ibn Saud, der Führer der Wahabitenstämme, eroberte 1924 Hedschas, vertrieb Hussein und bestieg dessen Thron. Er proklamierte sich zum König des Hedschas und wird auch als der aussichtsreichste Kandidat für die Kalifenwürde angesehen. Ibn Sauds Herrschaft dehnt sich heute bis zu den Grenzen Transjordanien und Syriens im Norden und bis zum Persischen Golfe im Osten aus. Er ist der Träger der großarabischen Idee. Heute besteht schon eine ausgesprochene Solidarität zwischen verschiedenen arabischen Ländern. Die Kluft zwischen den mohammedanischen und christlichen Arabern in Ägypten und Syrien wird sichtlich schwächer.

Die arabische Welt bildet den Uebergang vom Westen nach Osten, eine Landbrücke zwischen Mittelmeer und Indien. Die arabischen Länder sind ein notwendiger Bestandteil britischer Weltpolitik. Ohne England wäre weder Hedschas unabhängig erklärt, noch Hussein zu dessen König ausgerufen worden. England war es aber auch, das 1924 Hussein im Stich ließ, als dieser dabei war, national-unabhängige Ziele zu verfolgen. Trotzdem galt er bis zuletzt in den Augen der Araber als der Vertreter der nationalen Sache und Söldner Englands. Das ist die Tragödie dieses Mannes. Hussein stirbt heute in Jzern als unfreiwilliger „Gast“ der Engländer. Allerdings erwartet auch Ibn Saud kein besseres Schicksal, wenn er sich nicht geschickt und rechtzeitig in die weiten Ziele der britischen Weltpolitik einfügt. Vorläufig braucht aber London gerade ihn als den starken Mann, der auch in der arabischen Welt angesehen und befreit ist, Englands Einfluß auszuweiten und zu verstärken. Ein offenes Geheimnis ist es nämlich, daß England auch bezüglich Syriens — das einzige arabische Gebiet Vorderasiens, das unter dem französischen Mandat steht — unverhehlte Wünsche hegt. Die englische Presse und Literatur kritisiert gelegentlich das französische Mandat über Syrien am härtesten. Arnold J. Toynbee, einer der besten englischen Orientkenner, charakterisiert ironisch die Tatsache, daß, während „die primitive arabische Bevölkerung des Hedschas ihre Unabhängigkeit sicherte, der syrische Nationalismus blutig unterdrückt wird“. England wird sich früher oder später Syriens bemächtigen, dies um so mehr, als die Bagdad- und Hedschasbahn, diese wichtigste Verbindungslinie zu den englischen Einflußgebieten, durch Syrien läuft. Wie ein Keil steckt Syrien in den arabischen Mandatsgebieten Englands und muß früher oder später ausgeschaltet werden. Das verlangen die Interessen des britischen Weltreiches, ebenso wie der großarabische Gedanke. Ein Stück Weges gehen also die englischen Imperialisten und die großarabischen Nationalisten zusammen.

Ferner hat der zwischen Ibn Saud und dem Leiter der arabischen Abteilung des Foreign-Office, Sir Gilbert Clayton, 1926 geschlossene Bahra-Vertrag den Zweck, die Stellung des britischen Reiches in Arabien noch mehr zu befestigen. Kraft dieses Vertrages unterwirft sich

## Ein Zusammenstoß im Völkerbund.

### Bandervelde gegen Chamberlain.

V. Sch. Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Ratssitzung ereignete sich ein kurzer aber sehr bezeichnender Zwischenfall, dessen Schärfe trotz aller diplomatischen Höflichkeitsformeln unverkennbar war.

Ueber die Frage der bulgarischen Flüchtlingsanleihe hatte Genosse Bandervelde den Bericht erstattet. Anknüpfend daran richtete er an die anwesenden Vertreter der bulgarischen Regierung einige kurze Worte. Er hob den humanitären Charakter dieser Aktion des Völkerbundes hervor und sprach die Hoffnung aus, daß es auf diese Art gelingen würde, das Elend dieser bedauernswerten Opfer der bulgarischen Wirren zu mildern. Er ging dann kurz auf die furchtbaren Prüfungen ein, die das bulgarische Volk in den letzten Jahren ertragen mußte. Es seien entsetzliche Missetaten verübt worden, denen harte Vergeltungsmassnahmen gefolgt seien. In seinem eigenen Namen möchte er die Hoffnung aussprechen, daß das humanitäre Werk des Völkerbundes seine Ergänzung durch eine weitere Befestigung und Vindierung des Elends in Bulgarien finde. Er glaube, daß der Rat es mit Freuden begrüßen würde, wenn die an seine Mitglieder vor zwei Tagen gerichtete Bitte um Befürwortung einer Amnestie für die politischen Verbrechen bei der bulgarischen Regierung Gehör fände.

Auf seine im warmen Ton vorgetragene Worte erwiderte der bulgarische Vertreter Saporow kurz, er danke Herrn Bandervelde für die Gefühle der Sympathie, die er stets den bulgarischen Flüchtlingen entgegengebracht habe. Kein Wort mehr! Sein Schweigen gegenüber dem Appell Banderveldes war bezeichnend und geradezu katastrophal!

Inzwischen hatte sich Chamberlain zum Wort gemeldet. Sein Gesichtsausdruck war verärgert denn je und beinahe grausam geworden. Mit harter Stimme erklärte er, er wolle zwar nicht die Kraft des Appells Banderveldes beeinträchtigen, aber er müsse betonen, daß der Völkerbund als eine internationale Körperschaft sich in die inneren Angelegenheiten eines Bundesmitgliedes weder einmischen könne noch dürfe.

Die erste Pflicht des Völkerbundes sei, die volle Souveränität seiner Mitglieder zu respektieren. Sprachs und blieb wieder unbeweglich, ebenso wie der neben ihm sitzende britische Generalsekretär Drummond, der die verletzte Würde eines Gottesmannes nach einer kleinen Religionsstörung zur Schau trug.

Bandervelde erwiderte verbindlich, er sei ganz mit den Grundgedanken und dem Standpunkt Chamberlains über die Unantastbarkeit der Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten einig. Er habe ausdrücklich betont, er spreche nur in seinem persönlichen Namen, weil er gehofft habe, daß seine Worte die Menschlichkeitsziele des Völkerbundes fördern würden.

Man ging schnell zum nächsten Punkt der Tagesordnung über. Aber das Gefühl blieb zurück, daß man soeben einem Zusammenstoß zwischen zwei Weltanschauungen innerhalb des Rates beigewohnt hatte: Zwischen der draußengängerisch-offenherzigen Menschlichkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der alten herrschlichen Mentalität der traditionellen Diplomatie, die im britischen Imperialismus ihren höchsten Ausdruck findet.

Bald danach gab es eine neue Ueberraschung. Die Empfehlung einer Völkerbundsanleihe für Danzig war auf der Grundlage der Vorschläge des Finanzkomitees zustande gekommen. Der Bericht dieses Komitees war im Rate erstattet worden. Der Senatspräsident hatte ein paar Worte des Dankes an den Völkerbund gerichtet. Da ergriff plötzlich Stresemann das Wort, der offenbar redenschwanger war, da seine bisherige Geschäftsordnungsführung seine rhetorischen Bedürfnisse nicht befriedigt hatte. Und nun begann er einen Hymnus auf die praktische Arbeit des Völkerbundes, der sich sowohl in sozialer Hinsicht bei den Flüchtlingsfragen wie auch in wirtschaftlicher Beziehung beim Zustandekommen der Anleihe für Danzig dieses unter schwierigen Verhältnissen entstandene

staatliche Gebilde“ so ausgezeichnet bewährt habe. Die Rede war gewiß warmherzig, fast begeistert. Sie machte einen recht günstigen Eindruck; es ist erfreulich, daß jetzt auch Herr Stresemann als Vorsitzender des Rates die Vorzüge des Völkerbundes entdeckt hat.

## Jürgens aus der Haft entlassen.

### Beschluß des Gerichts.

In der heutigen Verhandlung gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens erklärte der Oberstaatsanwalt, daß er heute nicht in der Lage sei, weiter zu sprechen.

Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung bis zum Montag zu vertagen und verfügte gleichzeitig die Haftentlassung des angeklagten Ehepaars.

## Die deutsch-französischen Zollverhandlungen

### Ein wesentlicher Fortschritt.

Die Pariser Vorerhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich haben in drei Punkten ein Entgegenkommen der Franzosen gebracht, durch welches die Aussichten auf ein Gelingen der eigentlichen Verhandlungen wesentlich verbessert werden:

1. Die Franzosen geben ihr Verlangen auf, daß die Reisbegünstigung erst 14 Monate nach Abschluß des Handelsvertrages in Kraft treten solle und bis dahin eine gegenseitige Differenzierung vorgenommen werden könne; die Franzosen gestehen die tatsächliche Reisbegünstigung sofort mit dem Abschluß des Handelsvertrages zu.
2. Frankreich erklärt sich immer bereit, in den Deutschland interessierenden Positionen gegen entsprechende Zugeständnisse auch unter seinen Minimalzolltarif hinwegzugehen.
3. Frankreich erklärt sich bereit, über die Herabsetzung seines Mindesttarifes zu verhandeln.

Für die Monate April und Mai d. Js., in denen selbstverständlich der noch gründlich zu vereinbarenden Handelsvertrag nicht in Geltung stehen wird, wünscht Frankreich die Zulassung eines bestimmten französischen Weinkontingents nach Deutschland. Darüber hat die Reichsregierung noch nicht entschieden.

## Ein Ueberfall auf eine sozialistische Zeitung.

### Polnische Offiziere mit Reitpeitsche und Revolver.

Kattowitz, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische sozialistische Zeitung „Gazeta Robotnicza“ hatte die Meldung gebracht, daß ein polnischer Offizier über die Grenze gegangen sei, um sich der deutschen Polizei zur Spionage gegen Polen zur Verfügung zu stellen. Sie verzeichnete das als den zweiten Fall innerhalb kurzer Zeit, in dem polnische Offiziere Landesverrat begingen. Darauf erschienen in der Redaktion dieser Zeitung zwei Offiziere des 73. Regiments, stellten den Redakteur zur Rede und begannen, ihn mit ihren Reitpeitschen zu bearbeiten. Schließlich zogen sie ihre Browningpistolen und bedrohten den Redakteur, der nur durch das Dazwischentreten seiner Kollegen und des Seherpersonals vor schlimmeren Todsünden geschützt wurde.

Die Wahlen zu den Bezirksräten der 28 sächsischen Amtshauptmannschaften brachten einen vollen sozialdemokratischen Erfolg. Während die bürgerlichen Mandate um 20 auf 575 Sitze zurückgingen, steigerte die Sozialdemokratie ihre Mandatsziffer von bisher insgesamt 330 Sitzen auf 356, also um 26. Die Kommunisten verlor 6 von ihren bisherigen 87 Sitzen.

eigentlich Ibn Saud dem Protektorat Englands; dieses übernimmt den Schutz des neuen Herrschers Arabiens und des Wahabitenführers gegen andere Mächte, auch gegen andere arabische Stammesfürsten, vor allem aber gegen Imam Arabia, das Oberhaupt Jemens. Dasselbe Endziel hat auch der Mekka-Vertrag, der vor kurzem zwischen Ibn Saud und seinem südlichen Nachbar Seid Idriissi, dem Oberhaupt von Assir, unterzeichnet worden ist. Die Initiative gehört allerdings London. Was England in Assir anstrebt, ist das Petroleum der Farfan-Inseln im Roten Meere an der Küste Assirs. Die Konzession zur Ausbeutung dieser neuen Naphthaquellen ist einer englischen Gesellschaft schon erteilt worden. Aber auch sonst wird Assir durch Ibn Saud in das Fahrwasser britischer Orientpolitik hineingezogen.

England versuchte seinerzeit vergeblich, zugleich mit Imam Jahia, dem herrlicher Jemens, einen Vertrag zu schließen; dieser und Ibn Saud, Englands Protegé, sind Rivale. Der Grund liegt in Assir, dem Pufferstaat zwischen Hebräas und Jemen, das jeder dieser arabischen Machthaber zu seinem Einflußgebiet machen will. Nun hat Imam Jahia in Italien einen Schutzherrn gefunden, durch welchen es seine Rechte auf Assir am besten zu verteidigen hofft. Imam Jahia ist ein alter Feind Englands; schon während des Krieges war er mit den Engländern an den Grenzen des benachbarten britischen Protektorats Aden in ständigem Konflikt. Im Gegensatz zu Hussein und Idriissi blieb er mit den Türken in freundschaftlichen Beziehungen. Die Rolle der Türkei soll nun Italien spielen, das verstanden hat, die arabischen Stammesgegensätze auszunutzen, um Jemen dem Einfluß Italiens zu unterwerfen. Dieses Ziel verfolgt auch der Vertrag, den der italienische Gouverneur Cratras, Gasparini, am 2. September 1926 mit Imam Jahia abgeschlossen hat. Jemen liegt gegenüber Eritrea, der afrikanischen Kolonie Italiens am Ufer des Roten Meeres. Seine Hafenstadt ist Hodeida und sein Landeszentrum Sana. Jemen ist von altersher das reichste und dichtest besiedelte Land (6 Millionen Einwohner) der arabischen Halbinsel. Es hat eine Reihe von Natursehenswürdigkeiten. In dem nun Italien es seinem Einflusse unterwirft, versucht es auch, auf asiatischem Boden Fuß zu fassen.

Es handelt sich hierbei einerseits um die Vorherrschaft Ibn Saubs und Imam Jahias auf der arabischen Halbinsel und andererseits um einen englisch-italienischen Gegensatz. Nun sind aber englische und italienische Diplomaten bemüht, diesen Gegensatz auszugleichen. Die arabische Frage ist bei der Livorno-Zusammenkunft Chamberlains und Mussolinis und zuletzt beim Rombesuch Churchills besprochen worden. Gasparini und Sir Gilbert Clayton waren zugegen. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob England und Italien, die im nahen sowie im fernen Osten zusammengehen wollen, sich auch in der arabischen Frage verständigen.

## Heute so und morgen so...

### Die klare Linie der Kommunisten.

Ueber die Abstimmung der kommunistischen Abgeordneten im Landtage von Mecklenburg-Schwerin urteilt die „Rote Fahne“:

#### 1. Am Mittwoch:

„Das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten im Mecklenburg-Schweriner Landtag ist ein schwerer politischer Fehler.“

Anstatt nach sozialdemokratischer Art und Weise die verhängnisvolle Taktik des „kleineren Übels“ zu befolgen, wäre es Aufgabe der kommunistischen Abgeordneten gewesen, ihrerseits alles zu tun, um zunächst die Auflösung des Landtags zu erzwingen. Dazu wären sie in der Lage gewesen, indem sie bei den Wahlen weder für einen Koalitionspolitiker, noch für ihre Gegenkandidaten stimmten. Ein Zusammenstoß der ganzen Regierung wäre lächerlich gewesen, es wäre nichts übrig geblieben als die Auflösung.

## Verdis „Falstaff“.

### Erstaufführung in der Städtischen Oper.

Mit Verdis „Falstaff“ brachte die Städtische Oper eine Aufführung zustande, die eine Spitzenleistung darstellt. Dabei hatte man sich für die Oper keinen berühmten Sängergast verschrieben, sondern man stellte nur vorhandene Durchschnittskräfte des Ensembles heraus. Aber darin lag schon ein Teil des Erfolges der Aufführung. Der Hörer spürte ein Ensemble, das nicht von Starlaunen verwirrt oder verärgert wurde, das sich aufeinander eingespürt und eingestimmt hatte und sehr bereit war, der Hand des Dirigenten und des Regisseurs zu folgen. Der Regisseur war der einzige Gast des Abends: Karlheinz Martin. Er brachte den Sängern das bei, was Operntruppe oft nur recht schlecht verstehen: auch Schauspieler zu sein. Dabei tat Martin ihnen keine Gewalt an. Er zwang sie nicht zu Tosen und Gesten, die ihnen nicht lagen; aber er verstand zu lockern, Kräfte frei zu machen, die sonst nur verkümmert sichtbar werden. Dabei bemerkte er natürliche Anlagen oft bis an die Grenze des überhaupt vorhandenen, wie etwa bei Wilhelm Gutmann die Reigung zum Pathetischen, zur großen Geste, die bei diesem tüchtigen Sänger bisweilen stört, die sich aber hier in der Rolle des eiferfüchtigen Ford frei und doch gebändig auswirken konnte. Das Meistliche an Martins Wirken aber war, daß er die einzelnen Leistungen zum schönen Ganzen zusammenfaßte, mit einem Eingehen auf die Musik, wie es nicht sehr häufig ist. Verdis Freude am Technischen seiner Kunst wurde von Martins Bühnenbildern mit Lust und Humor nachgezeichnet. Grandios war die Wirkung des Schlüssels, das dem Zuschauer Lachen zurief: „Alles ist nur ein Späß.“ Hier war die kunstvoll verflochtene Stimmentführung von einer ungezählten, fast könnte man sagen „gleichwertigen“ Bewegung des Bühnenbildes begleitet, die die Zuschauer zu jubelnder Begeisterung hinriß.

Vielleicht gelingt es durch diese populäre Regie, das junge Werk des alten Verdi lebendig zu erhalten. Denn noch immer ist ihm ein rechter Publikumserfolg nicht beschied. Die Premierenerfolge, die ihm jedesmal sicher sind, ändern nichts daran, daß sich das Werk nie lange auf dem Spielplan hält. In der Günst der Rolle wurde es stets unterdrückt von Nicolais „Lustigen Weibern zu Windsor“, denen ja etwa das gleiche Verdict zugrunde liegt. Das kunstvolle Werk Verdis, das eine so gründliche Abkehr von dem Großen, auf Wien gestellten Stil bedeutet, der die belächelten Opern dieses Italieners charakterisiert, ist trotzdem schwerer zugänglich als Nicolais „Lustige Weibern“ — aber es ist ganz sicher nicht weniger genussreich. Der prächtige Humor der Gestalten, vor allem Falstaffs, die Auswertung aller orchestralen und instrumentalen Möglichkeiten ohne Effekthaserei, die Kunst, mit der die Stimmen geführt werden, zeigen das Werk eines Meisters und lassen es bedauern, daß der fast achtzigjährige Verdi uns mit dieser Oper sein letztes Werk schenkte.

Bruno Walter führte den Dirigentenstab. Er steht bei allen solchen Opern besonders am Plage, die langsamsten Eingehen auf Einzelheiten verlangen. Auch aus diesem Werk Verdis holte er alle Reize heraus, die der Meister nur irgend herbeigefügt hatte. Wir haben wenig Operndirigenten von so kontrollierender und doch behutsamer

Das Zentralkomitee der SPD. wird ihrerseits noch zu den Vorgängen in Mecklenburg Stellung nehmen.“

#### 2. Am Donnerstag:

Aus alledem ergibt sich die Richtigkeit des Vorgehens unserer Schweriner Landtagsfraktion. Stimmhaltung hätte ein Kabinett Brandenstein zur Folge gehabt. Dann aber wäre eine Auflösung nicht mehr in Frage gekommen, den die Demokraten hatten sich auch dahin ausgesprochen, daß sie nach einer Wahl Brandenstein nicht durch sofortige Annahme eines etwa von Kommunisten oder Sozialdemokraten gestellten Misstrauensantrages seinen Sturz herbeiführen würden.

So, nun mögen sich die Leser der „Roten Fahne“ zusammenreimen, welches denn nun eigentlich die allein richtige kommunistische „Linie“ ist, von der eine „Abweichung“ nicht gestattet sei. Uns scheint, daß die vom Zentralkomitee vor dem Parteitag gebührend gekneteten Mecklenburger mehr gesunden Instinkt bewiesen haben als das ganze Zentralkomitee mit seinen Rostauer Einbläsern.

## Gegen Hetzpropaganda durch den Film.

Aber nur die andern dürfen nicht...

Die deutschnationale Presse führt einen Zweifrontenkrieg: einmal gegen die Reichsfilmprüfstelle, die den antipolnischen Film „Land unterm Kreuz“ verboten hat, um eine Verschärfung der Gegenfrage zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbar zu vermeiden, und zum anderen gegen die amerikanische Filmproduktion, die gegen Deutschland gerichtete Filme herausbringt. Ueber diese äußert sich jetzt der „Tag“ des Herrn Hugenberg so:

In Amerika scheint man nicht zu begreifen, welches Unheil diese üblen Machwerke vorbereiten, wie sie die nationalen Gegensätze zur Fieberhitze steigern, wie sie alle Bemühungen, zu einem erträglichen Zusammenleben der Völker zu kommen, mutwillig und um schollen Profits wegen vernichten! Und solches Zeug kommt aus Amerika, wo man sich nicht laut genug über die Kriegslust europäischer Kabinette und Generale erhitzen kann, zugleich über infernalischen Haß gegen Deutschland läst. Vielleicht überlegt man sich einmal, ob der Export solcher Gemeinheiten nicht zuletzt auch eine Hetzpropaganda gegen das Land entlassen könnte — und nicht nur in Deutschland, sondern auch überall da, wo man Gefühl für Takt und Geschmack hat —, das die Väter jener üblen Hetzprodukte zu seinen Bürgern zählt.

Der „Tag“ ist sich offenbar nicht klar geworden, daß er mit diesen Ausführungen eine ausgezeichnete Begründung für das Verbot solcher deutschen Filme liefert, die die Empfindlichkeit anderer Völker reizen und so „alle Bemühungen zu einem erträglichen Zusammenleben der Völker zu kommen, mutwillig und um schollen Profits wegen — siehe Hugenbergs Deutlich! — vernichten“. Es ist doch nur eines von zwei Dingen möglich: entweder man handelt nach dem Grundsatz des Gehens und Geschehens überall, oder man bekämpft Filme, die geeignet sind, das erträgliche Zusammenleben der Völker zu stören, international. Für die Nationalisten aller Länder gilt allerdings diese einfache Erkenntnis nicht, sie toben über die Hetzpropaganda der andern, wollen aber sich selber keine Schranken auferlegen lassen, immer getreu dem Wahlspruch:

Was du nicht willst, daß man dir tu',  
Das füge dreist den andern zu.

## Preußen und Groß-Hamburg.

### Ministerpräsident Braun antwortet den Hamburgern.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Etat des Ministerpräsidenten. In der allgemeinen Aussprache führte Abg. v. Kries (Dnat.) Beschwerde über die Rede des Oberpräsidenten Hörsing am

Hand wie Walter. Daß er sie an diesem Abend wieder bewährte, verdient besonderen Dank.

Ueber die Sänger ist in einzelnen wenig zu sagen. Anion Baumann als Falstaff und Wilhelm Gutmann als Ford, Margarete Pfahl-Wallerstein und Emma Bacht als die „Lustigen Weibern“ füllten die Hauptrollen gut aus. Soubor lang auch das lyrische Paar Marijan Rajcen als Fenton und Marguerite Ferras als Klennchen. Von den übrigen Sängern sei nur allgemein festgestellt, daß keiner die schöne Harmonie des Abend störe, wenn sich auch bei mancher Leistung ein Plus oder Minus noch konstatieren ließe. Trude E. Schulz.

## Das Erdbebenland Japan.

Es ist eine auf den ersten Blick seltsam aussehende Erscheinung, daß gerade die schönsten, von der Natur begnadeten Erdstriche am meisten von Erdbeben heimgesucht werden. Und daher kommt es, daß die Erschütterungen unseres Weltkörpers, so geringfügig selbst die stärksten Beben im Vergleich zu der starren Masse des Erdplaneten sind, immer wieder die schwersten Opfer an Menschenleben und Kulturgütern fordern. Denn gerade diese von der Natur bevorzugten Gebiete haben seit grauer Vorzeit den Menschen besonders angezogen; so wurden sie Stätten blühender Kultur, Zentren besonders dichter Besiedlung, die in der Neuzeit vielfach zum Mittelpunkt der volkreichsten Nationen geworden sind. Drängt sich doch z. B. auf der japanischen Insel Honbu, der Hauptinsel des großen ostasiatischen Reiches, bei weitem der größte Teil des Siebzehnmillionenvolkes der Japaner zusammen, und der bevölkerungspolitische wie der wirtschaftliche und kulturelle Schwerpunkt ganz Japans liegt gerade in dem Gebiet, das in wenig mehr als drei Jahren nun schon zum drittenmal von katastrophalen Beben heimgesucht worden ist. Am 1. September 1923 war es die Dreimillionenstadt Tokio und das benachbarte Yokohama, die große Hafenstadt mit gleichfalls weit mehr als einer halben Million Einwohnern, die in unmittelbarer Nähe des Erdbebenherdes gelegen, fürchterlichen Zerstörungen ausgesetzt waren; diesmal lag der Herd des Bebens nicht weit von der bedeutenden Hafenstadt Kobe und der Millionenstadt Osaka, dem Hauptzentrum der japanischen Textilindustrie. Die Entfernung in der Luftlinie zwischen Tokio und Osaka ist kaum so groß wie die von Berlin bis Dortmund; daher ist es begreiflich, daß das jüngste Beben von Osaka auch in der Hauptstadt des Landes noch verspürt wurde. Osaka und Kobe selbst scheinen nach den bisher vorliegenden Meldungen verhältnismäßig wenig gelitten zu haben, was wohl daher rührt, daß sich der Bebenherd in ziemlich beträchtlicher Entfernung von den beiden Großstädten im Innern der an dieser Stelle allerdings nur schmalen Insel Honbu zu befinden scheint.

Aber gerade dieser Teil von Honbu ist als Schüttergebiet besonders berüchtigt. Hier zieht sich quer durch die Insel von Nordwesten nach Südosten ein Grabenbruch, der von gewaltigen früheren Erschütterungen her rührt, und der die sichtbare Folge großer Verwerfungen im Erdinnern bildet. Solche Verwerfungen im Erdinnern, die sich bei der ungeheuren Länge geologischer Zeiträume über Hunderttausende, die mindestens nach Jahrtausenden, wenn nicht Milliarden von Jahren zählen, werden

20. Februar in einer Magdeburger Reichsbannerversammlung. Ferner rügte er die Ausführungen des Ministerpräsidenten im Auditorium maximum, in denen der Ministerpräsident die Not von 30000 Junglehrern in Preußen gegenüberstellte den vielen Millionen, die für die Reichswehr ausgegeben werden, und von der „Soldatenplünderer“ der Rechtsverbände sprach.

### Ministerpräsident Braun:

Der Bürgermeister Peterjen hat gestern in der Hamburger Bürgerhalle namens des Senats eine Erklärung abgegeben, die sich mit meiner Rede vom 23. Februar beschäftigte. Wenn Herr Peterjen in seiner Rede, die mir im Wortlaut vorliegt, erklärt, daß Preußen in der Beurteilung der Reichsbedeutung Hamburgs und seines Hafens von der Auffassung Hamburgs abweicht, so mag das bis zu einem gewissen Grade richtig sein.

Die preussische Regierung hat aber stets den Standpunkt vertreten, daß der Hamburger Hafen für die deutsche Volkswirtschaft von außerordentlichem großem Wert ist.

Wenn ich mich in meinen Ausführungen vom 23. Februar dahin ausgesprochen habe, daß diese Bewertung des Hamburger Hafens zu einer Ueberhöhung und letzten Endes nicht zu einer Unterschätzung der preussischen Häfen für die deutsche Volkswirtschaft führen dürfe, so hielt ich mich nach den Ausführungen des Hamburger Bürgermeisters in seiner ersten Rede hierzu für verpflichtet.

Wenn Bürgermeister Peterjen weiter erklärt, daß die preussische Regierung offenbar den Hafen nur als eine technische Verkehrs-Einrichtung ansehe, die rein mechanisch funktioniere, so ist auch das ein Irrtum. Wir haben stets einen anderen Standpunkt eingenommen und dies besonders empfunden bei den preussischen Häfen, die wir jetzt zu betreten haben und die darauf angewiesen sind, sich eine neue Basis zu schaffen, z. B. Kiel und Flensburg. Die preussische Regierung hat diesen Stadtverwaltungen oft entgegengehalten, daß es nicht nur darauf ankomme, technische Hafeneinrichtungen zu schaffen, sondern, daß es das Wesentliche sei, daß eine Aquimannschaft dort liege, die den Verkehr nach diesen Häfen lenkt. Wir unterscheiden uns von Hamburg immer nur darin, daß Hamburg erklärlicher Weise sehr leicht geneigt ist, die Bedeutung Hamburgs und seiner Kaufmannschaft über alles zu setzen und die in den preussischen Einrichtungen vorhandenen Kräfte völlig zu unterschätzen.

Es ist auch ein Irrtum des Herrn Peterjen, wenn er davon spricht, Preußen gebe davon aus, daß durch eine Verringerung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens die deutsche Volkswirtschaft nicht aufs schwerste betroffen wird.

(Der Redner spricht bei Schluß der Redaktion fort.)

## Im Lande der Geistesfreiheit.

### Ein deutscher Journalist in Italien verhaftet.

Rom, 10. März. (W.Z.) Wie „Popolo di Roma“ mitteilt, ist in Rom der deutsche Journalist Karl Deltus aus Berlin verhaftet worden unter der Beschuldigung, daß er in Deutschland Photographien verbreitet habe, die geeignet seien, die nationale Würde Italiens zu schädigen und die eine Beschädigung des Ministerpräsidenten und eine Aufforderung zum Klassenhaß darstellten. Die Photographien und der begleitende Text sollen, wie das Blatt ausführt, von Deltus an die Berliner illustrierte Zeitung gesandt worden sein. Deltus soll wegen der angeführten Verstöße gegen die neuen italienischen Gesetze am nächsten Freitag in Genua vor Gericht erscheinen.

Photographien können bekanntlich nur festhalten, was tatsächlich geschieht. Darum bedient man sich ihrer zur Festhaltung von Vorgängen in der Wissenschaft mit besonderer Vorliebe da, wo die menschlichen Sinnesorgane nicht mehr zuverlässig genaug für eine scharfe Beobachtung sind. Die bekannteren Bilder von Deltus enthalten nichts, was der Würde des Duce Abbruch tun kann. In welchen Situationen aber muß sich Mussolini von der Kamera verfolgt gefühlt haben, wenn er entgegen allem Recht und aller Sitte seine schändliche Justiz gegen den Photographen losließ, der doch nur photographieren konnte, was er und seine Freunde selbst dargeboten haben!

also, an historischen Zeitbegriffen gemessen, niemals aufhören, und niemand vermag zu sagen, ob das Menschengeschlecht einmal den Zeitpunkt erlebt, an dem die Erde in allen ihren Teilen zu der völligen oder fast völligen Ruhe kommt, deren sich bereits heute die großen ebenen Taleisländer erfreuen, in denen man die gewaltigen Urmassen des irdischen Festlandes zu erblicken hat, und zu denen in der Ältesten Welt die sibirisch-russische Landmasse gehört.

In ständiger Unruhe dagegen sind vor allem die gewaltigen jungen Einbruchszonen der Erdrinde, die parallel den Faltengebirgen laufen, die durch jüngere Bruchverteilung in Schollen zerbrochen wurden. Die größte dieser Zonen ist die zirkumpazifische Bruchzone, die, wie schon ihr Name besagt, sich rings um den Stillen Ozean erstreckt. Hier finden sich Höhenunterschiede von 10000 bis 12000 Metern, auf der japanischen Seite durch den östlich des Inselreichs hinziehenden japanischen Graben, eine Meereserhebung bis zu 10000 Meter Tiefe, auf der amerikanischen Seite durch die ungeheure Gebirgsseite der Anden, die in Südamerika bis zu Gipfeln von rund 7000 Meter aufragen, wobei in Japan die 2000 bis 3000 Meter hohen Gebirgshebungen, an der amerikanischen Küste die gleich beträchtlichen Meeressteilen mitzurechnen sind. Reun Sehtel aller tektonischen Erdbeben entfallen auf diese Bruchschollenländer, diesen ewigen Herd unterirdischer Unruhe.

Die Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe 1927“, die seit mehr als zwei Jahrzehnten zum erstenmal wieder in Deutschland veranstaltet und vom 6. März bis 15. August im Hause des Grassi-Museums in Leipzig gezeigt wird, wurde durch den Oberbürgermeister Dr. Kothe in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden eröffnet. Die Ausstellung, die unter Leitung des städtischen Museumsdirektors Dr. Graul mit Unterstützung der Reichsregierung entstanden ist, bietet eine repräsentative Auswahl der besten kunstgewerblichen Erzeugnisse der beteiligten Länder und gibt ein lehrreiches Bild von dem Stand des modernen Kunstgewerbes und dem Wirken des neuen Formwillens. Beteiligt sind außer Deutschland: Frankreich, Groß-Britannien, Italien, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Österreich, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die Ausstellung jedes Landes ist in einem besonderen Saale, unter Beteiligung von hervorragenden Kunstgewerblern des betreffenden Landes, einheitlich zusammengefaßt. Die künstlerische Ausgestaltung der deutschen Gruppe ist von Prof. Bruno Paul geschaffen worden.

Vorkriegsabend Koloss-Vokal. An den von der Volkshalle veranstalteten Vorkriegsabend von Fräulein Koloss und E. L. Kohn, der am 11. abends 8 Uhr, im Bürgerklub des Kaiserplatzes, Eingang Königstraße, stattfindet, sind in beschränkter Anzahl noch am Sonntag erlöslich.

Der Männerchorverein „Namenlos“ veranstaltet am 13. 7 Uhr abends, in der Alten Garnisonkaserne, Neue Friedländerstraße, ein Konzert. Mitwirkende: Chorvereinigung; Doppelquartett des Berliner Vorkriegschorvereins; 10 Herren.

Harald Kreuzberg, der Solist der Volkshalle, sang am 12. nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Kammer, Freie 3 und 5 W.

Im Sturm, Potsdamer Straße 134a, sang am 14. Ferris Gondolf Heber zur Reule (Neben-Platzes) (schöne, russische und deutsche Volkslieder). Mitwirkend: Berliner Streichor u. a. Instrumentalisten. Beginn 7,30 Uhr.

## Die betrogenen Sparer können warten!

### Weitere Verschleppung der Aufwertungsfrage.

Am Rechtsauschuss des Reichstages sollte heute die lange angelegte und schon wiederholt verschobene Debatte über die mehr als 20 vorliegenden Anträge zur Aufwertungsfrage beginnen. Nach anderthalbstündiger Geschäftsordnungsdebatte wurde jedoch mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Opposition beschlossenen, die Generaldebatte auf den 18. März zu verlagern.

Ein kleines Vorspiel ergab sich aus der Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Dr. Kahl, daß bei ihm in den letzten Wochen von den Sparerinnen nahezu 1000 Briefe eingelaufen seien, die auf die Anweisung einer Zentralstelle zurückzuführen seien und zum Teil über das Maß des Vernünftigen hinausgingen, zum Teil auch Beleidigungen und Ungezogenheiten enthielten. Dr. Kahl lehnte es ab, die in diesen Briefen dargestellten Einzelfälle zu untersuchen. Man müsse das Allgemeinwohl voranstellen. Dr. Rosenbergs (Kont.) erwiderte, man solle berücksichtigen, daß der deutsche Mittelstand von einem auf dem Boden des Privateigentums stehenden Staate um ein Vermögen von 100 Milliarden Geldmark gebracht worden sei. Auf Anfrage des Freiherrn von Richthofen (Dem.) teilte Justizminister Dr. Hergt die Antwort mit, die ihm Reichsgerichtspräsident Simons auf Anfrage hat zugehen lassen wegen eines von den Sparerinnen verwendeten Satzes aus einem Brief des Reichsgerichtspräsidenten. Dr. Simons hatte in einem Privatbrief geschrieben, daß das Reichsgericht heute in diesen Fällen nicht mehr eigentliches Recht, sondern nur mehr oder weniger großes Unrecht sprechen könne. Aber er verwahrt sich gegen die Ausbeutung dieses Schreibens zu agitatorischen Zwecken und erklärt sich selbst gegen die Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage.

Abg. Kell (Soz.) bemerkt, man solle Verständnis haben für die Höhe der enteigneten Sparrer. Die Mitglieder des Aufwertungsausschusses würden seit Jahren schon mit Tausenden von Briefen bedacht. Es seien eben große ehemals wohlhabende Schichten des deutschen Volkes durch die Aufwertungsgeheube hauptsächlich an den Bettelstab gebracht. Dazu komme noch die bittere Enttäuschung über die Nichterfüllung der wertenlosen Wahlversprechungen bei der letzten Reichstagswahl. Abg. Wunderlich (D. Vp.) stimmt den Mahnungen Dr. Kahls, daß die Sparrer mit ihren Zuschriften Maß halten sollen zu und bedauert jeden Groschen, den sie für ihre Briefe ausgeben (!).

Vor Eintritt in die Generaldebatte gab sodann Reichsjustizminister Hergt namens des Reichskabinetts eine umfangreiche Erklärung ab, die darin gipfelt, daß

### an den Grundzügen des Aufwertungsrechts nicht gerüttelt

werden dürfe. Die Regierung werde aber einige Vorschläge machen, die teils durch Gesetz teils durch Verordnung zu verwirklichen seien. Der Entwurf werde in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen. Zu dem inzwischen eingereichten Antrag der Reichsarbeitgemeinschaft der Sparrer auf Zulassung eines Volksbegehrens werde das Kabinett in aller Kürze Stellung nehmen.

Hierauf entspann sich im Ausschuss eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob nach dieser Regierungserklärung sofort in die Generaldebatte eingetreten oder ob diese bis zum Eintreffen des angeforderten Entwurfs verschoben werden soll. Die Vertreter sämtlicher Regierungsparteien sprachen sich für die Vertagung der Debatte aus. Auch Justizminister Dr. Hergt empfahl die Debatte heute nicht zu beginnen. Die Frage der Kleinrentnerfürsorge, der Verminderung der Mieten, der Erhöhung des Volksbegehrens seien in der Schwebe und würden in den nächsten Tagen gelöst werden.

Die Abg. Kell (Soz.), Landsberg (Soz.), Freiherr von Richthofen (Dem.) und Dr. Best wandten sich nachdrücklich gegen eine weitere Verschleppung der Generaldebatte, zu der kein Anlaß vorliege, da ja die Vertreter der Opposition bereit seien, unter Berücksichtigung der abgegebenen Regierungserklärung zu sprechen. Die Redner der Sozialdemokratie betonten, daß es drohen den Eindruck mache, als ob die Aufwertungsfrage noch weiter verschleppt werden solle, wenn jetzt vertagt werde. Außerdem sei es wichtig, jetzt der Regierung die Meinung des Ausschusses über die Frage des Volksbegehrens zur Kenntnis zu bringen. Nach der Entscheidung des Kabinetts über diese Frage nütze das nichts mehr. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Vertagung mit 14 gegen 10 Stimmen beschlossen wurde. Die Debatte soll nunmehr am 18. März beginnen, man nimmt an, daß bis dahin der Regierungsentwurf in den Händen der Mitglieder ist.

## Hitler darf wieder.

### Er hat Redefreiheit, wenn er zahm bleibt.

Am Mittwoch trat Adolf Hitler zum ersten Male wieder vor dem ihm so wohlgeleiteten Münchener Publikum auf. 6000 Personen hörten sich seine nationalsozialistischen Ausführungen an, die selbstverständlich in der Behauptung gipfelten, die bisherigen Parteien hätten versagt und ließen auch keine Befreiung von dem äußeren und inneren Druck erwarten. Auf dem Boden des nationalsozialistischen Programms hingegen werde die deutsche Front erwachen, die die Macht am Rhein wieder antreten könne.

In der Versammlung wurden auch die Bedingungen bekannt gegeben, die die Regierung anlässlich der Aufhebung des Redeverbotes Hitlers der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auferlegt hat. Von der Partei ist die Erklärung verlangt worden, daß keinerlei geschwändrige Ziele verfolgt und zur Erreichung der Ziele keinerlei geschwändrige Mittel angewandt werden. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei verpflichtet sich besonders, dafür zu sorgen, daß weder bei der Einrichtung noch bei der Verwendung der Sturmabteilung und der Schutzstaffel oder ähnlicher Hilfsorganisationen der Partei gegen die Gesetze verstoßen wird, namentlich, daß sich diese Einrichtungen nicht mit militärischen Dingen befassen und sich politische Befugnisse anmaßen. Die Staatsregierung behält sich vor, jederzeit die im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Das Joch, unter das sich die Münchener Nationalsozialisten beugen mußten, ist für die Testabende an der Hof außerordentlich hart. Es wird sich ja bald zeigen, ob sie nach dem Muster ihrer deutschnationalen Freunde die der Regierung gegebenen Zusagen nur mit Worten, nicht aber mit Taten innehalten werden.

## Bestrafte Denkmalschänder.

Bodum, 10. März. (Eigentl. Drahtbericht.) Das erweiterte Schöffengericht in Bodum verhandelte am Dienstag gegen die ehemaligen Mitglieder rechtsradikaler Organisationen, die das Ebert-Rathenau-Erzberger-Denkmal auf dem Hohenstein bei Witten an der Ruhr mit roter Farbe verschandelt hatten. Die Angelegenheit erregte seinerzeit großes Aufsehen, weil damals von den rechtsradikalen Organisationen versucht worden war, für die Verschandelung des Ehrenmals Mitglieder linksgerichteter Verbände verantwortlich zu machen. Als Motiv für die Tat gaben die beiden Angeklagten, junge unreife Burschen, an, einen Racheakt für die angebliche Beschmutzung des Schlageter-Denkmales unternommen zu haben. Sie erhielten nach Antrag des Staatsanwalts zwei bzw. einen Monat Gefängnis.

# Die Plädoyers im Jürgens-Prozess.

## Der gekränkte Staatsanwalt.

Im weiteren Verlauf der Plädoyers der Verteidigung im Jürgens-Prozess sprach heute zunächst der zweite Verteidiger des Angeklagten Landgerichtsdirektors Jürgens Priewe-Stargard. Er entwarf zunächst ein Charakterbild des Angeklagten, den er als einen Mann von Pflichterfüllung, Ehrenhaftigkeit und untadeligem Charakter schilderte. Dann ging er auf die Anklage des Versicherungsbetruges in den Stargarder und Kolberger Fällen ein, um von vornherein zu betonen, daß von dem Belastungsmaterial des Oberstaatsanwalts nichts übrig geblieben sei. Jürgens sei nicht nur nicht strafbar, sondern unschuldig. Der Verteidiger erinnerte dann an die zahlreichen Bedrohungen, denen Jürgens wegen seiner politischen Tätigkeit ausgesetzt gewesen sei und brachte dabei die Sprache auf einen Vorfall, der nicht Gegenstand der Verhandlung war, nämlich daß Jürgens 1921 ein Patent erhalten hat, in dem er zunächst eine Bombe vermutete, dessen Inhalt sich aber als Bakalien herausstellte. Die erste Versicherung habe Frau Jürgens selbständig abgeschlossen, und erst später auf der Reise nach Kolberg ihrem Gatten davon erzählt. Zu der zweiten Versicherung habe sich Jürgens nur nach langem Sträuben und im Hinblick auf die zu erhabenden Verfolgungen entschlossen. In ausführlichen Darlegungen beleuchtete der Verteidiger alle Einzelheiten, die dafür sprächen, daß tatsächlich Einbruchdiebstähle von fremden Tätern in der Jürgenschen Wohnung verübt worden seien. Die Stargarder Polizei, so erklärte Staatsanwalt Priewe, habe es selbst verschuldet, wenn die wahren Täter nicht ermittelt worden seien. So habe vielleicht die Polizei nur deshalb den Verdacht gegen das Ehepaar Jürgens gefaßt, um ihre eigene Untertatungssünde, nämlich die mangelnde Sicherstellung des Tatortes zu verdecken. Im weiteren Verlauf dieses Prozesses kam es zu einem Zwischenfall. Rechtsanwältin Priewe wandte sich gegen die Behauptung des Oberstaatsanwalts, daß Frau Jürgens ihren Vogel, den Dompfaff, absichtlich getötet habe. Er machte in diesem Zusammenhang die Bemerkung: „Man muß sich vergegenwärtigen, wie tierlieb Frau Jürgens ist. Ich weiß nicht, ob der Herr Oberstaatsanwalt einen Kanarienvogel oder einen anderen Vogel hat...“ Bei diesen Worten brach im ganzen Saal eine allgemeine Heiterkeit aus. Der Oberstaatsanwalt blickte von seinen Ämtern auf, an denen er bisher ununterbrochen gearbeitet hatte und erklärte erregt: Ich bitte doch, derartige Anzüglichkeiten zu vermeiden. (!) R.-A. Priewe: Es hat mir völlig fern-

gelegen, irgendwie persönlich zu werden. Ich habe diesen Ausdruck nicht so gebraucht wollen, wie ihn der Herr Oberstaatsanwalt versteht. Oberstaatsanwalt: Im Zuschauerraum ist diese Redewendung aber anders verstanden worden. Ich bitte um einen Gerichtsbeschluss darüber, ob das Gericht ein solches Verhalten eines Verteidigers für zulässig erachtet. Daraufhin zog sich der Gerichtshof für kurze Zeit zurück. Landgerichtsdirektor Priewe verhielt sich dann, daß das Gericht der Auffassung sei, der Verteidiger habe die betreffende Redewendung nicht in dem Sinne gebraucht, wie der Oberstaatsanwalt sie auffasse. Das Gericht betrachtete diesen Vorfall als erledigt. R.-A. Priewe betonte dann nochmals, daß ihm jegliche Absicht einer Kränkung des Anklagevertreters ferngelegen habe, worauf er sein Plädoyer fortsetzte. Auch nicht die Schatten eines Beweises, so schloß der Verteidiger, seien dafür erbracht worden, daß Jürgens von den Diebstählen gewußt, noch dafür, daß seine Frau diese Einbrüche fingiert habe. Nicht der geringste Verdacht bleibe an dem Angeklagten haften. Damit breche die Anklage des Versicherungsbetruges, der falschen Anschuldigung und des versuchten Betruges an dem Reichsjustizialrat zusammen. Er beantragte die Freisprechung der Angeklagten und die Uebernahme der Verteidigungskosten durch die Staatskasse. Dann sprach als dritter Verteidiger Jürgens Rechtsanwältin Dr. Heinrich Werthauer (Junior), der sich zu dem Vorwurf der Kreditfälschung äußerte. Er verwies zunächst darauf, wie wenig selbst der Oberstaatsanwalt von der ganzen großen Anklage gegen Jürgens zum Schluß noch aufrecht erhalten habe, ein Ergebnis, das allein in keinem Verhältnis zu dem außerordentlichen Umfang dieser Anklage stehe. Er betonte, daß ein Freispruch eine Selbstverständlichkeit sei. Der Verteidiger verwies dann auf den kürzlich in einem großen Berliner Hotel verübten Nummernraub, der in seinen Einzelheiten vollkommen dem Kolberger Einbruchdiebstahl ähnelte. Das in Berlin bestohlene Ehepaar könne sich gratulieren, daß das Hotel Adlon nicht in Stargard oder in Kolberg, also nicht im Bezirk des Oberstaatsanwalts Jordan liegt. Das an dem Angeklagten begangene Unrecht sei nie wieder gutzumachen. Das Gericht könne aber wenigstens dem Oberstaatsanwalt eine Quittung auf dieses Verfahren erteilen, indem es die Angeklagten freispreche. Nach einer kurzen Pause sprach dann als erster Verteidiger der Frau Jürgens R.-A. Dr. Kisberg.

## Der Tod um Liebe.

### Wieder vier Opfer von Familientragödien.

Der Polizeibericht verzeichnet wieder vier Opfer von blutigen Tragödien, die in zerstörten Familienverhältnissen ihre Ursache hatten.

Bewohner des Hauses Prenzlauer Allee 220 wurden heute morgen durch Gasgeruch auf die Wohnung eines 65 Jahre alten Schneidemeisters August Behrend aufmerksam, der ein Posamentiergeschäft betrieb. Die Kriminalbeamten riefen die Feuerwehr, die durch ein Fenster in die Wohnung einströmte. Sie fand Behrend in der Küche mit dem Gasflansch im Munde und einem Strich um den Hals tot daliegen. In der Schlafkammer lag die 15 Jahre jüngere Ehefrau in einer großen Blutlache ebenfalls tot vor dem Bett. Neben der Leiche lag ein ziemlich schwerer Hammer. Auf ihr fand man einen Zettel mit den Worten: „Lebe wohl, liebe Frau!“ Aus Notizen, die man auf dem Tisch fand, geht hervor, daß Behrend seiner Frau aus Eifersucht den Schädel zertrümmert und sich dann selbst mit Gas vergiftet hat. Den Strich hatte er sich schon um den Hals gelegt, um sich zu erhängen, wenn das Gas nicht wirken sollte. Tür und Fenster hatte er sorgfältig verschlossen. Ein Arzt konnte bei beiden nur noch den Tod feststellen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Das tragische Ende einer Liebe spielte sich auf den Schienen ab. Der 21 Jahre alte Schreiber Max Stubentrauch aus der Mirbachstraße 2 hatte ein Verhältnis mit einem Mädchen, aus dem ein Knabe Günther hervorging, der 4 Jahre alt war. Die Mutter dieses Kindes starb am 3. Februar dieses Jahres an der Grippe. Vor ihrem Tode bat sie den Selbsten, ihr mit dem Knaben nachzuziehen und er versprach ihr das auch. Nachdem Stubentrauch an Angehörige Abschiedsbriefe geschrieben hatte, ging er gestern mit dem Kleinen weg und kam nicht wieder zurück. Heute früh fanden Arbeiter an der Strecke zwischen Köpenick und Sabowa beim Kilometerstein 10,5 Vater und Söhnchen tot daliegen. Stubentrauch hatte dem Kleinen, den er auf dem Arm hielt, und sich selbst erschossen. Auf einem Zettel, den man bei ihm fand, hatte er über seinen Rachschlag verfügt. Die Leichen wurden beschlagnahmt.

## Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

### Der Mittelstand ist am schlimmsten daran.

Der „Schwabenbund geschädigter Auslandsdeutscher, Kolonialdeutscher und Verdrängter“ hielt gestern im Schubertsaal in der Bülowstraße 104 seine Monatsversammlung ab. In seinem Referat führte Herr Trapp aus, daß es sich bei den Forderungen der Auslandsdeutschen nicht um eine Bitte um Almosen handle, sondern das Reich sei verpflichtet zur Entschädigung. Dies sei keine politische, sondern eine Rechtsfrage. Beim unbedingt notwendigen neuen Entschädigungsgesetz seien eine Härteklause für Entwurzelte, Witwen und Waisen und soziale Zulagen für die geschädigten Mittelständler notwendig. Aber gerade die Minderbemittelten würden auf dem Reichsentschädigungsausschuss von Herren, die sich mit Major und Oberstleutnant titulieren lassen, ruppig behandelt und belächelt Grobheiten zu hören. Bei der Entscheidung der Ansprüche sei offene Verhandlung erforderlich, es dürfe nicht hinter verschlossenen Türen von Amis wegen operiert werden. Geld sei da, wenn man nur wolle, denn die Großindustriellen und die sogenannten Großgeschädigten hätten bekommen und bekommen noch.

Im weiteren Verlauf des Abend berichtete Herr Landau über die bevorzugte Behandlung der im Ausland geschädigten Auslandsdeutschen, der Exporteure. Ihnen seien bis 100 Proz. gutgeschrieben, während den Auslandsdeutschen nicht der Verlust an Geld, sondern einzig der Verlust an Sachwerten angerechnet würde, wobei allerhöchstens 30 Proz. herauskämen. Und dabei seien gerade die Exporteure die Großgewinner der Inflationszeit. Unglaublich sei die Stellungnahme des Herrn Dr. Gildemeister von der Deutschen Volkspartei. Er habe erklärt, daß ja, wenn man den Export wieder richtig in Gang brächte, die Auslandsbeziehungen neu blühten; dann gäbe es Stellen für die übrigen Auslandsdeutschen, und das genüge. Solche Verheerung sei geradezu niederträchtig. Bei den Klein- und Mittelgeschädigten käme, so hieß es in der Volkspartei, höchstens eine Babereise heraus, darum müsse man den Großen lieber alles geben, das sei gut für die Volkswirtschaft. Aber auch der geschädigte auslandsdeutsche Mittelstand ließe sich nicht bei Seite drängen und würde an der Vertretung seiner gerechten Forderungen unbedingt festhalten.

An die Referate schloß sich eine längere Diskussion an.

Romdies in Neukölln. Der Rührer Friedrich Kahlbach, Sonntags 24, teilt uns mit, daß er an der in Nr. 103 geschilderten blutigen Schlägerei nicht beteiligt war, vielmehr sei der Polizist eine Verwechslung unterworfen. Der dritte Täter ist inzwischen festgestellt in der Person des Bäckers Karl Richter, Sonntagsstraße.

## Auch ein Opfer des Krieges.

### Wieder einmal Morphium.

Es es auch immer das gleiche, so ist es doch stets von neuem tief erschütternd: Das Morphium richtet wangoeläufig die Menschen zugrunde. Diesmal hatte es den 33jährigen R. fest in seinen Klauen. Als R. neun Semester medizinisches Studium hinter sich hatte, wurde er vom Weltkrieg überrascht. Er arbeitete als Hilfsarzt im Lazarett. Dann erhielt er eine schwere Beinverwundung. Morphiumeinspritzungen sollten ihm in seinen wahnsinnigen Schmerzen Abberung bringen. So wurde er Morphinist. Als er ins bürgerliche Leben zurückkehrte, konnte er von dem Gift nicht loskommen. Er versuchte, sein Studium zu Ende zu führen. Umsonst! Das Narzotikum hatte bereits seinen Willen gekostet.

Er war Mediziner, er sah klar, was sich vor ihm, wußte, daß es für ihn kaum Rettung gebe, wenn er sich von der dämonischen Gewalt seiner Gewohnheit freimacht und — konnte ihr doch nicht widerstehen. Seine Mutter half ihm, ein Konjunktionsgeschäft zu eröffnen; während der Inflation ging es noch einigermaßen; dann war er gezwungen, das Geschäft zu liquidieren. Er versuchte, sich mit literarischer Arbeit in medizinischen Zeitschriften über Wasser zu halten; schreiben konnte er jedoch nur in den wenigen lichten Augenblicken, in der übrigen Zeit war er dem Morphium verfallen. Er heiratete in der Hoffnung, daß das Eheleben für ihn ein rettender Hafen sein würde. Er infizierte aber seine Frau mit seiner Giftsucht; auch sie wurde Morphinistin. Nun war es aus mit ihm. Er lebte von der Unterführung, die die Mutter ihm gewährte und von der ständlichen Fürsorge. Zwischen durch suchte er Heilung in verschiedenen Irrenanstalten. Es half alles nichts. Er lief Gefahr, von Stufe zu Stufe zu sinken. Eine Gefängnisstrafe wegen eines Uhrdiebstahls hatte er sich bereits zugezogen, eine zweite wegen Verstoßes gegen das Oplumgesetz. Was half das alles? Er mußte sein Gift haben. Wo es aber herbeizubringen? Weshalb sollte er sich nicht selbst Rezepte verschreiben, da er doch Arzt im Felde gewesen war! Er bestellte sich einen Rezeptblock, der seinen Namen und den Titel „Dr. med.“ führte und holte sich auf Grund selbstgeschriebener Rezepte bald in dieser, bald in jener Apotheke Morphium. Bis man eines Tages doch Verdacht schöpfte und ihn verhaften ließ. So mußte er sich erneut vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Die Anklage machte ihm zum Vorwurf, daß er auch seinen Bekannten zum Morphium verhoffen habe; er bestritt das auf das Entschiedenste. Die Zeugen, die ihn hätte überführen können, waren nicht erschienen. Der Sachverständige Dr. Hirsch schilderte ausführlich den Zustand des Angeklagten. Die Ärzte seien sich einig darüber, daß in allen solchen Fällen von Rezeptfälschungen, wo das Gift nur für sich gebraucht wird, der § 51 vorliege: die Morphinisten könnten eben nicht anders, sie mühten sich immer wieder Morphium verschaffen. Anders liege es aber, wenn das Morphium an dritte Personen gegeben werde. Das Gericht war gezwungen, die Sache zu vertagen, da die Zeugen fehlten. R. wurde aus der Haft entlassen. Seine Mutter hatte versprochen, ihn aufzunehmen, denn seine Frau macht soeben in der Irrenanstalt eine Entziehungskur durch.

Die Entschädigung des Genossen Karl Behmüller, der, 68 Jahre alt, plötzlich verschieden ist, erfolgte gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung von Freunden, Kollegen und Parteigenossen im Krematorium Gerichtsstraße. Der Verstorbene stand seit seiner Jugend in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Seine harte Kraft widmete er der „Vorwärts“-Buchdruckerei. 40 Jahre lang war er als Seher und während dieser Zeit zuletzt als Korrektor im Betrieb tätig. Der Redner des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung gedachte in warmen Worten der unermüdbaren Arbeit des Genossen Behmüller für seine engeren Berufskollegen und für die gesamte Arbeiterschaft. Abschiedsgrüße überbrachten ferner der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer sowie die Geschäftsleitung und das Personal der „Vorwärts“-Buchdruckerei.

Munitionsexplosion in Sibirien. Nach Meldungen aus Moskau ist in Berchne Udinsk in Sibirien ein Munitionslager in die Luft gesprengt worden. Sechs Soldaten wurden getötet und vier verwundet. Ungefähr 20 000 Granaten und 250 000 Schuß Munition sind explodiert.

## Geschäftliche Mitteilungen.

„In der Abendkundschaft.“ Mit einer ganz besonderen Spannung tritt die Firma Hans G. G. Kleibers, Schloßstr. 29-30, an die Öffentlichkeit heran. Gelehrter der schon seit Jahren beim Publikum sehr beliebten „Abendkundschaft“, in welcher an jedem Abend besonders preiswerte Sachen der Web-, Woll- und Baumwollwaren zum Verkauf gelangen, werden die „In der Abendkundschaft“ angebotenen Sachen besonders preiswerte Angebote der Herrenkonfektion umfassen. In der heutigen Nummer befindet sich das erste Angebot der geschäftlichen „Abendkundschaft“, in welcher die Firma Hans G. G. Kleibers, Schloßstr. 29-30, die Herrenkonfektion ihrer kostbaren Reizmittel anbieten will. Von dem Reizmittel und der Güteverhältnisse, die das Publikum dem neuesten Intelligenzium zuwenden wird, dürfte die Wiederholung dieser Veranstaltung abhängen.

# Der VSMJ. gegen den Angestelltenchutz.

Auch der Osdram-Konzern macht mit.

Der Reichstag hat auf Drängen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen das sogenannte Kündigungs- und Entlassungs-Gesetz im vorigen Jahre verabschiedet. ...

Die Angestellten der Berliner Osdram-Betriebe haben daher in einer gutbesuchten Versammlung zu diesen Vorgängen Stellung genommen. ...

„Die am 28. Februar d. J. in den Sophienböden versammelten Angestellten der Berliner Osdram-Werke haben mit Entrüstung von dem beschlossenen Vorgehen der Generaldirektion Kenntnis genommen.“

Sie erblicken daher in diesem Vorgehen eine Maßnahme, die nicht mit dem Willen des Gesetzgebers, der ein Gesetz zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen schaffen wollte, in Einklang zu bringen ist.

Dieses vom VSMJ. — der maßgebendsten und einflussreichsten Arbeitgeberorganisation — veranlasste Vorgehen kann nur den Zweck haben, das Interesse der Angestellten an einem weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung zu untergraben.

Aus diesem Grunde lehnen die Angestellten dieses Anstaltens der Generaldirektion ab und beauftragen ihre Organisationen, sowohl bei der Regierung als auch den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, mit allen Mitteln gegen derartig reaktionäre Arbeitgeberverbände vorzugehen.

Es wird Aufgabe des Reichsarbeitsministers bzw. des Reichslages sein, Vorkehrungen zu treffen, daß in Zukunft Sicherungen gegen Verläufe geschaffen werden, den Willen des Gesetzgebers derart zu verfälschen.

## Schädlinge der Berliner Metallarbeiter.

Die Leistungen des Deutschen Industrieverbandes.

Der Leiter des „revolutionären“ Industrieverbandes, Weger, rühmt sich, daß in den Betrieben, wo keine Organisation einen starken Einfluß ausübt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten vorbildlich wären, im Gegensatz zu den Betrieben, in denen der Deutsche Metallarbeiterverband die vorherrschende Organisation ist.

Wie sieht es nun mit den Verdiensten der Arbeiterinnen aus? An einem Tage müssen manchmal zehn und mehr verschiedene Posten im Akkord angefertigt werden. ...

Die Verdienste sind in mancher Woche so, daß die Arbeiterinnen nicht einmal den Mindestlohn der Hilfsarbeiterinnen von 0,44 M. verdienen und Wochenverdienste von 14 bis 18 M. zu verzeichnen sind.

Der Betriebsrat hat sich nicht bewegen lassen, diese haarsträubenden Zustände zu beanstanden. ...

Die Berliner Metallarbeiter beschäftigten sich gestern abend im Gewerkschaftshaus mit ihrer Lohnbewegung. ...

Der Reichstag hat auf Drängen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen das sogenannte Kündigungs- und Entlassungs-Gesetz im vorigen Jahre verabschiedet.

Die Angestellten der Berliner Osdram-Betriebe haben daher in einer gutbesuchten Versammlung zu diesen Vorgängen Stellung genommen.

„Die am 28. Februar d. J. in den Sophienböden versammelten Angestellten der Berliner Osdram-Werke haben mit Entrüstung von dem beschlossenen Vorgehen der Generaldirektion Kenntnis genommen.“

Sie erblicken daher in diesem Vorgehen eine Maßnahme, die nicht mit dem Willen des Gesetzgebers, der ein Gesetz zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen schaffen wollte, in Einklang zu bringen ist.

Dieses vom VSMJ. — der maßgebendsten und einflussreichsten Arbeitgeberorganisation — veranlasste Vorgehen kann nur den Zweck haben, das Interesse der Angestellten an einem weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung zu untergraben.

Aus diesem Grunde lehnen die Angestellten dieses Anstaltens der Generaldirektion ab und beauftragen ihre Organisationen, sowohl bei der Regierung als auch den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, mit allen Mitteln gegen derartig reaktionäre Arbeitgeberverbände vorzugehen.

Es wird Aufgabe des Reichsarbeitsministers bzw. des Reichslages sein, Vorkehrungen zu treffen, daß in Zukunft Sicherungen gegen Verläufe geschaffen werden, den Willen des Gesetzgebers derart zu verfälschen.

Die Berliner Metallarbeiter beschäftigten sich gestern abend im Gewerkschaftshaus mit ihrer Lohnbewegung.

Der Reichstag hat auf Drängen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen das sogenannte Kündigungs- und Entlassungs-Gesetz im vorigen Jahre verabschiedet.

Die Angestellten der Berliner Osdram-Betriebe haben daher in einer gutbesuchten Versammlung zu diesen Vorgängen Stellung genommen.

„Die am 28. Februar d. J. in den Sophienböden versammelten Angestellten der Berliner Osdram-Werke haben mit Entrüstung von dem beschlossenen Vorgehen der Generaldirektion Kenntnis genommen.“

Sie erblicken daher in diesem Vorgehen eine Maßnahme, die nicht mit dem Willen des Gesetzgebers, der ein Gesetz zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen schaffen wollte, in Einklang zu bringen ist.

Dieses vom VSMJ. — der maßgebendsten und einflussreichsten Arbeitgeberorganisation — veranlasste Vorgehen kann nur den Zweck haben, das Interesse der Angestellten an einem weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung zu untergraben.

Aus diesem Grunde lehnen die Angestellten dieses Anstaltens der Generaldirektion ab und beauftragen ihre Organisationen, sowohl bei der Regierung als auch den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, mit allen Mitteln gegen derartig reaktionäre Arbeitgeberverbände vorzugehen.

einer ablehnenden Haltung der Unternehmer in den Streit zu treten, wozu der Hauptvorstand bereits die Sanction erteilt hat. Der 1. Vorsitzende der Ortsverwaltung, Hörig, konnte es sich auch in dieser Versammlung nicht verkagen, auf den „Vorwärts“ und die Berichterstatter über die Versammlungen der Schuhmacher herumschreien. ...

Ammerkung der Redaktion: Wir haben bisher alle Bewegungen der Schuhmacher rückhaltlos unterstützt, ohne Rücksicht darauf, daß die Ortsverwaltung kommunistisch ist, wie wir das auch gegenüber den anderen Ortsverwaltungen einhalten, die kommunistisch zusammengesetzt sind. ...

## Der Streik im Café Michalski.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Eisasser Straße 86/88, III, wird uns berichtet: Der Streik hat sich verschärft. Nur wenige Gäste besuchten gestern das Café. ...

Der langjährige kommunistische Arbeitslosenrat Böcher, jetzt Vorstand des Deutschnationalen Berufsverbandes der Streikbrecher, reizte die Menge. ...

Die Mitglieder der Sektion III des Verkehrsbundes (Hoch-, Straßen-, Kleinbahn- und Omnibuspersonal) hatten am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresversammlung. ...

## Jahresversammlung des Verkehrspersonals.

Langsamer Aufstieg.

Die Mitglieder der Sektion III des Verkehrsbundes (Hoch-, Straßen-, Kleinbahn- und Omnibuspersonal) hatten am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresversammlung. ...

Er stellte fest, daß es der Sektionsleitung gelungen ist, Lohnbewegungen zu führen, durch die, wenn auch nicht sehr erhebliche, Lohnerhöhungen erreicht wurden. ...

In der ausgedehnten Diskussion wurde von den Kommunisten sehr viel geredet, jedoch nicht zum Geschäftsbericht, sondern zu allen möglichen politischen Fragen. ...

## Der Reinigungsprozeß in Oberschlesien.

Keine Kommunisten mehr in den Ortsverwaltungen.

Hindenburg, Oberschl. 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die jetzt abgeklärten Ortsverwaltungen wählen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Oberschlesien haben dasselbe Ergebnis gehabt wie die Betriebsratswahlen. ...

## Die Lohnbewegung der Maßschuhmacher.

Wenn Kommunisten feinfühlig sind.

Die Berliner Maßschuhmacher beschäftigten sich gestern abend im Gewerkschaftshaus mit ihrer Lohnbewegung. Der Branchenleiter berichtete noch einmal kurz über die Einleitung der Lohnbewegung durch die Funktionäre, die sich bei der Aufstellung der Forderung auf eine 1 1/2-prozentige Erhöhung der Löhne davon leiten ließen, eine Forderung aufzustellen, die durchaus berechtigt ist und mit guten Argumenten vertreten werden kann. ...

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Bauarbeiter
Berlin N. 24, Elsäßer Str. 86-88
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Platzburg 9531

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 25,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93

drei Kommunisten, die sich im Vorjahre in Hindenburg und Beuthen gehalten haben, wurden ebenfalls hinausgewählt. Die Bedeutungslosigkeit der ober-schlesischen Kommunisten für den Metallarbeiterverband und für die freien Gewerkschaften überhaupt ist damit offenkundig. ...

## „Er pfeift auf Arbeiterkundschaft.“

Der so in Nr. 99 des „Vorwärts“ apostrophierte Wurfabrikant S. in Weisenfeld erlucht uns um folgende Berichtigung: Es ist unwar, daß meine Gefellen 12 bis 14 Stunden gearbeitet haben, sie haben sich ihre Arbeit selber eingeteilt und hätten dieselbe in höchstens 9 Stunden erledigen können. ...

Herr S. will wissen, wer diese Behauptung aufgestellt hat, damit er ihn wegen Verleumdung und Schädigung gerichtlich belangen kann. ...

## Sport.

Die Schweiz boxt gegen Lurich.

Vor ausverkauftem Hause kam gestern Abend in den Pracht-sälen am Märchenbrunnen der Rändertkampf im Bogen zwischen der Schweizer Landesmannschaft und dem Sportklub Lurich 02 (Kreismeister 1925-27 im WSB.) zum Austrag. ...

Die Schweizer Arbeiterpartei, die kürzlich in Chemnitz wählten, ist nunmehr keine Partei mehr von der Wurfabrik S. zu beziehen. ...

Responsible für Inhalt: Dietrich Hoff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: H. Schanz; Redaktion: Dr. John Schifmann; Kaleski; und Sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. ...

Abendstunde
Herren-Anzug aus mod. farb. und graugemusterten Stoffen 24.-
Herren-Sackanzug aus gemust. Stoffen, ohne charakter 24.-
Herren-Sportanzug mit Breeches 24.-
Loden-Sportanzug mit Breeches oder langer Hose 24.-
Manchester-Sportanzug veschied. Farben, Breeches oder lange Hose 29.-
Herren-Summimantel mod. farbiger Röder 7.50
Herren-Sabardine-mäntel Raglanform 18.-
Lodenmäntel für Damen und Herren 15.-
Damen-Kaffamantel 15.-
Windjaden imprägniert, für Damen 11.50, Herren 6.75, Länge 6.25, Knaben 5.
Knaben-Anzug Norfolk bis 3-jährig 4.90
Kleiner Anzug für 3-jährige 8.50
Knaben-Bijado für 3-jähr. 5.-
Einsegnungs-, Prüfungs-Anzüge 21.-
Herrenhosen gestreift 3.25
Herren-Breeches Domesdun 4.80
Manchesterbreeches lange Manchesterhosen 6.75
Damenbreeches flott geschnitten 10.50
Chauffeuranzug grau oder mod. farbiger Kerb 30.-
Leder-Sportjoppe schwarz, Chrom 58.-
Baer Sohn AG
Berlin N4 Chausseestr. 29-30 Untergundbahn Scharnweber